

Astrid Matthey (KV Saale-Holzland-Kreis)



Liebe Thüringer Grüne,

um unsere Themen in den kommenden Jahren erfolgreich voranzubringen, müssen wir auf wirtschaftliche Fragen glaubwürdige Antworten geben: Wie können wir Umweltschutz und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zusammenbringen? Wie können wir BürgerInnen, Unternehmen und Banken überzeugen, dass nur eine klimaneutrale, saubere und ressourcensparende Wirtschaft auf Dauer am Markt bestehen, Gewinne erwirtschaften und Arbeitsplätze und Wohlstand sichern kann? Wie können wir deutlich machen, dass nicht die Umweltpolitik der Grund für die Krise der deutschen Wirtschaft und die wirtschaftlichen Sorgen der Menschen ist, sondern an vielen Stellen gerade das Festhalten an veralteten Technologien und die Subventionierung technologischer Sackgassen? Wie kann eine Strategie für den Wirtschaftsstandort Deutschland aussehen, die die planetaren Grenzen anerkennt und sich nicht in kurzfristiger Taktik verzettelt, sondern langfristige Lösungen entwickelt? Ob in der Regierung oder der Opposition werden diese Fragen die kommende Legislatur dominieren. Ich möchte mit meiner Kandidatur ein Signal setzen, dass wir als Grüne diese Fragen sehr ernst nehmen und über die nötige Expertise verfügen, auf diese Fragen tragfähige Antworten zu entwickeln. Dafür bewerbe ich mich auf einen vorderen Platz auf der Bundestagswahlliste.

Ökonomin und langjährige Kommunalpolitikerin

Seit 2011 bin ich Mitglied bei Bündnis90/Die Grünen, zuerst im KV Jena, wo ich auch Mitglied im Vorstand war, später im KV Saale-Holzland, wo ich 8 Jahre lang (Co-)Sprecherin des KV war. Zudem war ich (Co-)Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft. Später war ich 7 Jahre lang Mitglied im Kreistag des Saale-Holzland Kreises und 4 Jahre im Klimabeirat des Thüringer Umweltministeriums. Außerdem bin ich seit mehreren Jahren im Vorstand der Thüringer Heinrich-Böll-Stiftung aktiv.

Ich stamme aus Jena, lebe mit meiner Familie im Saale-Holzland Kreis, bin promovierte Volkswirtin, war lange in der Wissenschaft und arbeite jetzt seit 11 Jahren am Umweltbundesamt. Dort leite ich zwei Teams: eines befasst sich damit, wie Banken und Finanzmärkte nachhaltiger werden können ([Sustainable Finance](#)); das andere unterstützt die Berücksichtigung von Umwelteffekten in Entscheidungen von Unternehmen, Verwaltung und Gesetzgeber ([Umweltkosten](#)). Bei beiden Themen geht es um die Frage, wie die Verbindung von Wirtschafts- und Umweltfragen EntscheiderInnen in Wirtschaft und Politik erfolgreich vermittelt werden kann – dieselbe Frage, vor der wir als Grüne stehen.

Lösungen für Wirtschaft und Umwelt als Kernkompetenz

Kernstück meiner Arbeit ist es, tragbare Kompromisse mit „nicht-grünen“ AkteurInnen auszuhandeln: auf der nationalen Ebene bin ich Mitglied im [Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung](#), wo wir mit Unternehmen, Unternehmensverbänden, NGOs, WissenschaftlerInnen, aber auch dem Umwelt-, Finanz- und Justizministerium zusammenarbeiten, um die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation durch die Finanzmärkte zu verbessern. Auf der europäischen Ebene leite ich einen Teil der [EU Plattform Sustainable Finance](#), die in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Finanzmärkten, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, und im engen Austausch mit der Europäischen Kommission, Kriterien für nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten erarbeitet. International arbeite ich in einem [OECD](#) Projekt zur Berücksichtigung von Umwelteffekten in wirtschaftlichen Entscheidungen. Näheres findet Ihr bei Interesse auf [LinkedIn](#).

Wirtschaftspolitische Langfriststrategie statt kurzfristigem Aktionismus

Wirtschaftsfragen dominieren mittlerweile nahezu alle politischen Diskussionen. Aber längst nicht alle Vorschläge sind zielführend. Oft sind sie zu eng oder zu kurzfristig gedacht. Dies zeigen Entscheidungen der Vergangenheit, die unsere Wirtschaft bis heute belasten. So haben nicht die Energiepreise die deutsche Autoindustrie in Schieflage gebracht, sondern das Festhalten an der veralteten Verbrennertechnologie und die Vernachlässigung der Zukunftstechnologie Elektromobilität. Die aktuelle Diskussion um den Einsatz synthetischer Kraftstoffe für Pkw ist die Neuauflage dieses Fehlers. Und nicht die Bürokratie hat die Solartechnologie in Deutschland ruiniert, sondern der fehlende Schutz vor chinesischen Dumpingpreisen aus Angst vor Zöllen auf deutsche Oberklassewagen. Dieses Motiv war auch bei der jüngsten Abstimmung in der EU wieder präsent.

Insgesamt war die deutsche Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit zu häufig von kurzfristiger Taktik geprägt, ließ eine langfristige Strategie aber vermissen. Das ist in Krisenzeiten politisch naheliegend, erodiert auf Dauer aber die wirtschaftliche Basis, wie wir jetzt allzu deutlich sehen. In der aktuellen Legislatur haben durch die grüne Regierungsbeteiligung langfristige Überlegungen an Gewicht gewonnen, mit dem Regierungswechsel droht jedoch der Rückfall in wirtschafts- und finanzpolitische Kurzsichtigkeit. Dem müssen wir konsequent entgegenwirken, wenn wir unsere Lebensgrundlagen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie erhalten wollen. Damit dies gelingt, brauchen wir als Grüne umfassende Wirtschaftsexpertise auf allen Ebenen.

„Wirtschaftsflüchtlinge“ nicht der AfD überlassen

Wirtschaftsfragen sind auch der Nährboden, aus dem die AfD ihre Unterstützung zieht. Ich wohne auf einem Dorf, wo die AfD bei der Landtagswahl mehr als 50% der Stimmen bekommen hat. Aber meine NachbarInnen sind keine Nazis, eher „Wirtschaftsflüchtlinge“ aus der Demokratie. Es sind Menschen, die Angst haben, ihren Lebensstandard nicht halten zu können, oder den Lebensstandard nicht zu erreichen, den sie sich für sich oder ihre Kinder

erhoffen. Es sind Menschen, deren Ängste vor einem Verlust an Lebensqualität geschürt werden, die in unserer komplexen Welt nach (zu) einfachen Lösungen suchen und oft an der völlig falschen Stelle nach Sündenböcken. Aber Nazis sind es nicht. Meine NachbarInnen wissen alle, dass ich „eine Grüne“ bin, denn mein Gesicht war auf genügend Wahlplakaten. Und bei meinem Mann ist der Ausländer nicht zu überhören. Aber wenn wir Hilfe brauchen, kommen sie vorbei. So wie auch wir ihnen helfen, selbst wenn ein „Heul leise Greta!“ Aufkleber an ihrem Monster-Jeep prangt. Das zeigt, dass wir trotz der aufgeheizten Stimmung noch Raum für Gespräche haben. Zum Beispiel für Gespräche über die vielen Chancen, die saubere Technologien bieten, und über das, was es für die Menschen selbst bedeutet, wenn wir diese Chancen nicht nutzen. Diesen Raum müssen wir nutzen, auch wenn es manchmal schwerfällt, AfD-Narrative auszuhalten. Aber es bietet auch die Möglichkeit, Motive zu verstehen und Denkanstöße zu liefern.

Neue Wege erfordern Mut

Umweltschutz ist keine politische Agenda, sondern eine physikalische Notwendigkeit, wenn wir auch in Zukunft ein gutes Leben führen wollen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Transformation viel von den Menschen verlangt. Sie sollen sich in einer Zeit multipler Krisen von Altbewährtem trennen, und sich mit uns auf den Weg in eine Zukunft machen, die viele Unsicherheiten birgt. Zwar sind die Technologien, mit denen wir die Transformation schaffen können, in der Mehrheit bekannt. Aber auch wir wissen nicht, wie eine nachhaltige Welt genau aussehen wird, und welche Konsequenzen sie für die Einzelnen hat. Dass diese Unsicherheit die Menschen besorgt, ist vor allem im Osten verständlich, wo viele selbst erfahren haben, dass große Umbrüche nicht unbedingt alles halten, was sie versprechen.

Wenn wir aber von den Menschen verlangen, dass sie in Zeiten multipler Krisen Altbewährtes aufgeben und bereit sind, neue Wege zu gehen, müssen wir diese Bereitschaft auch selbst zeigen. Wir müssen ein klares Signal senden, dass wir die wirtschaftlichen Sorgen der Menschen ernster nehmen als in der Vergangenheit, Wirtschafts- und Gerechtigkeitsfragen konsequenter beim Umwelt- und Klimaschutz mitdenken, und andere Themen auch für eine Zeit zurückstellen können. Dieses Signal muss sich auch in unserem Personal widerspiegeln: wir müssen deutlich machen, dass wir auch als Grüne Expertise und Erfahrung in diesen Themen zu bieten haben, und nicht nur auf Altbewährtes setzen. Denn hieran zweifeln bisher viele Menschen. Um dieses Signal zu senden und diese Expertise einzubringen, bitte ich um Eure Stimme.

Hinweis: Ich werde beim Termin zur Vorstellung der KandidatInnen am 4.12. leider nicht dabei sein können, weil ich an dem Tag in Brüssel bin, um die Empfehlungen der Plattform Sustainable Finance zu nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten in der EU zu verhandeln. Wenn Ihr Fragen zu meiner Person oder meiner Kandidatur habt, schreibt mir gern unter a_matthey@yahoo.com oder schickt mir eine Nachricht auf [LinkedIn](#).